

## Niederschrift

### öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 21.06.2017  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr  
**Raum, Ort:** Großer Sitzungssaal des Rathauses, 46325 Borken

#### Anwesend sind:

#### Vorsitzende/r:

Schulze Hessing, Mechtild Bürgermeisterin

#### CDU:

Aehling, Bernadette

Borchers, Harald

Börger, Hubert

stv. Ausschussvorsitzender

Fellerhoff, Jürgen

Flasche, Bernd

Klöpper, Hendrik

Kranenburg, Marius

ab 17:02 Uhr (ab TOP 2);  
Vertretung für Herrn Günter  
Kohlruss

Queckenstedt, Klaus

Richter, Frank

Rottbeck, Paul

Vertretung für Frau Viktoria  
Keller

Tautz, Jürgen

Ortsvorsteher

#### SPD:

Biela, Claudia

Kindermann, Evegret

Kindermann, Kurt

Niemeyer, Jürgen

#### UWG:

Ebbing, Brigitte

Koop, Stephan

#### Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja  
Wingerter, Sigrid

**Fraktionsloses Mitglied:**

Nitsche, Bastian  
Westermann, Hartwig

**Ortsvorsteher:**

Schwane, Walter

**Verwaltungsmitarbeiter/in:**

Hoffboll, Katja Fachbereichsleiterin  
Kaß, Matthias  
Kuhlmann, Jürgen Techn. Beigeordneter  
Lask, Markus Fachbereichsleiter  
Nießing, Norbert 1. Beigeordneter der Stadt Borken  
Vogelsang, Sarah

**Schriftführer/in:**

Linvers, Judith

**Es fehlen entschuldigt:**

**CDU:**

Keller, Viktoria  
Kohlruss, Günter

**Abgewickelte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Vereinbarung Hochwasserschutzkonzept Bocholter Aa  
Vorlage: T 2017/004
- 4 Städtepartnerschaft mit der Stadt Rícany in Tschechien  
Vorlage: V 2017/157
- 5 Änderung der Richtlinien über die Zuschussgewährung für Begegnungen  
im Rahmen der Städtepartnerschaften  
Vorlage: V 2017/158
- 6 Kanalerneuerung im Bereich des De-Wynen-Platzes und der De-Wynen-  
Gasse  
- Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung  
Vorlage: V 2017/139

- 7 Erschließung des Bebauungsplangebietes BO 65a - Weseler Straße-Ost  
- Überplanmäßige Mittelbereitstellung  
Vorlage: V 2017/147
- 8 Festlegung der Vergabebedingungen für die städtischen  
Baugrundstücke im Bereich "BO 68 - Haspelkamp" im  
Stadtentwicklungsbereich "Hovesath"  
Vorlage: V 2017/119
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 10 Anfragen an die Verwaltung
- 10.1 Anfrage der CDU-Fraktion: Auslaufen der Förderschulen gestoppt

## Öffentlicher Teil

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, die Tagesordnung um die Tischvorlage „Vereinbarung Hochwasserschutzkonzept Bocholter Aa“ zu erweitern und lässt darüber abstimmen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

Der Tagesordnungspunkt „Vereinbarung Hochwasserschutzkonzept Bocholter Aa“ wird als neuer Tagesordnungspunkt 3 festgelegt.

### zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

---

Keine

### zu 3 Vereinbarung Hochwasserschutzkonzept Bocholter Aa Vorlage: T 2017/004

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** erläutert, dass der technische Beigeordnete Kuhlmann die Stadt Borken bei den Gesprächen mit den Nachbarkommunen vertreten habe. Die Stadt Borken sei mit knapp einem Drittel an den Kosten beteiligt, da neben der Flusslänge auch die Größe des Stadtgebietes von Bedeutung sei.

**Stv. Kindermann** erkundigt sich nach einer Größenordnung der Kosten.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** entgegnet, dass derzeit keine genauen Zahlen nennbar seien. Es handle sich bisher lediglich um Planungsleistungen.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der Unterzeichnung der vorgelegten Vereinbarung zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

#### **zu 4 Städtepartnerschaft mit der Stadt Říčany in Tschechien Vorlage: V 2017/157**

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** berichtet vom Besuch der Stadt Říčany. Die Gruppe aus Borken sei sehr herzlich empfangen und ausführlich über die Stadt informiert worden. Prag sei nur 20 km entfernt und durch eine Zugverbindung sehr gut erreichbar.

Die Stadt Říčany habe großes Interesse an einer „echten“ Partnerschaft mit der Stadt Borken und habe die bereits bestehende Partnerschaft zwischen den Musikschulen gelobt. Außerdem seien auch die Schulen an einer Partnerschaft interessiert und sogar ein Austausch innerhalb der Kommunalverwaltungen sei denkbar.

Bürgermeisterin Schulze Hessing hebt nochmals hervor, dass sich Tschechien und die Städte Říčany und Prag sehr positiv entwickelt hätten und der Besuch eine Bereicherung mit vielen positiven Momenten gewesen sei.

**Stv. Queckenstedt** stimmt der Bürgermeisterin zu und berichtet ebenfalls von dem Besuch. Er merkt an, dass die Initiative von Říčany ausgegangen sei. Insbesondere nach dem sehr herzlichen Besuch am Wochenende werde er ausdrücklich für den Abschluss der Städtepartnerschaft.

**Stv. Kindermann** merkt an, dass die SPD-Fraktion der Partnerschaft zustimme. Er habe in der Musikschule schon gesehen, wie die Kontaktaufnahme der jungen Menschen untereinander erfolgt sei und wie positiv sich dieses auf das gesamte Netzwerk auswirke.

Des Weiteren schlägt er vor, über eine Partnerschaft mit einer niederländischen Stadt nachzudenken.

**Stv. Richter** hebt hervor, dass die Städtepartnerschaften, die bereits existierten, durch den Partnerschaftsverein aufleben würden. Aus diesem Grund wolle er dem neuen Vorsitzenden des Partnerschaftsvereins Borken e.V., Markus Rößing, sein Lob aussprechen.

Er führt aus, dass eine Partnerschaft mit den Niederlanden zu gegebener Zeit auch in seinen Augen Sinn mache. Er begrüße aber zunächst die Begründung und die Belebung der Partnerschaft mit Říčany.

**Stv. Wingerter** schildert, dass sie die Partnerschaft in der Musikschule bereits erlebt habe. Sie habe die Begeisterung der Jugendlichen bei dem gemeinsamen Musizieren gespürt.

**Stv. Niemeyer** merkt an, dass bereits vor der Vertragsunterzeichnung eine gute, gelebte Verbindung zu der Stadt Říčany bestehe. In der heutigen Zeit solle man ein kleines, aber deutliches Zeichen setzen und Freunde in Europa finden.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt Borken empfiehlt dem Rat, die Städtepartnerschaft mit der tschechischen Stadt Říčany entsprechend dem beigefügten Partnerschaftsabkommen einzugehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

### **zu 5     **Änderung der Richtlinien über die Zuschussgewährung für Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften**** **Vorlage: V 2017/158**

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** erläutert, dass die Änderung der Richtlinien die logische Konsequenz aus der neuen Partnerschaft sei.

**Stv. Ebbing** regt an, die Zuschüsse eventuell sogar noch mehr zu erhöhen, damit noch mehr gemacht und miteinander geschafft werden könne.

**Stv. Kindermann** entgegnet, dass der Betrag seitens der Stadt Borken gut überlegt worden sei und nicht noch höher festgesetzt werden solle. Vielmehr solle in regelmäßigen Abständen geschaut werden, ob der Betrag noch zeitgemäß sei.

**Stv. Wingerter** erkundigt sich nach dem Passus, in dem stehe, dass auch eine Förderung für Projekte und Fahrten außerhalb der EU möglich sein solle. Sie fragt, ob bereits etwas außerhalb Europas geplant sei.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** entgegnet, dass vor ein paar Jahren ein Fußball-Austausch mit China stattgefunden habe. Für solche besonderen Reisen, die jedoch unter engen Maßstäben zu sehen seien, solle diese Öffnungsklausel genutzt werden können.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt Borken empfiehlt dem Rat, die „Richtlinien über die Zuschussgewährung für Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften und für internationale Projekte“ zu beschließen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, der Ansatz im Haushaltsplan 2018 auf 35.000 EUR zu erhöhen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 6 Kanalerneuerung im Bereich des De-Wynen-Platzes und der De-Wynen-Gasse  
- Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung  
Vorlage: V 2017/139**

---

**Stv. Becker** erkundigt sich, ob die Kanalarbeiten auf eine bestimmte Variante bezogen seien.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** entgegnet, dass unabhängig von Art der Ausführung der Kanal erneuert werden müsse.

**Stv. Kindermann** erkundigt sich nach den Einsparungen bei den Verpflichtungsermächtigungen.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** erläutert, dass es sich um eine Umschichtung handle. Die Maßnahme am De-Wynen-Platz ginge zügiger voran als gedacht. Die Kosten wären ohnehin fällig.

**Stv. Westermann** fragt, ob Blindgänger zu erwarten seien.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** entgegnet, dass es sich um das übliche Vorgehen handle und der Kampfmittelräumdienst kontaktiert werde.

**Beschluss:**

Bei dem Untersachkonto 70000.95120 „Kanalerneuerung im Bereich des De-Wynen-Platzes und der De-Wynen-Gasse“ werden außerplanmäßig Mittel in Höhe von 420.000,00 Euro als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung beim Untersachkonto 63000.95400 „Erschließung des Baugebietes BO 68 – Baustraße“.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

**zu 7 Erschließung des Bebauungsplangebietes BO 65a - Weseler Straße-Ost  
- Überplanmäßige Mittelbereitstellung  
Vorlage: V 2017/147**

---

**Beschluss:**

Im Produkt 11.02.01.00, Sachkonto 09112000, Untersachkonto 70000.94570 „Erschließung des Baugebietes BO 65 a Weseler Straße-Ost (Netgo)“ werden 110.000,00 Euro überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den Untersachkonten 63000.95110 und 70000.94070.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

### **zu 8 Festlegung der Vergabebedingungen für die städtischen Baugrundstücke im Bereich "BO 68 - Haspelkamp" im Stadtentwicklungsbereich "Hovesath" Vorlage: V 2017/119**

---

**Stv. Biela** erklärt sich für befangen.

**Stv. Ebbing** erkundigt sich, ob es geltendem Recht entspreche, kinderreichen Familien die Grundstücke günstiger anzubieten.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** entgegnet, dass es sich dabei um eine soziale Komponente handele, die rechtens sei.

**Stv. Richter** gibt zu Bedenken, dass, bei den geplanten Vergabebedingungen, interessierte Bewerber/innen, die bereits über Wohneigentum verfügen, keine Chance auf einen Bauplatz hätten. Dabei werde nicht berücksichtigt, dass das schon vorhandene Wohneigentum zum Beispiel sehr klein sei und möglicherweise für eine Familiengründung nicht ausreiche.

Dieser Aspekt solle dadurch entschärft werden, dass auf Seite 4, Absatz 3, der Vorlage das Wort „grundsätzlich“ in den letzten Halbsatz eingefügt werde (... und bisher noch nicht über Hausgrundstücks- oder Wohneigentum verfügen, grundsätzlich unabhängig von der Frage, ob die Wohnverhältnisse angemessen erscheinen.). Diese Formulierung ermögliche eine Ausnahmeregelung bei besonderen Einzelfällen.

Weiterhin erkundigt sich Stv. Richter nach der Regelung zu den Stellplätzen. Die Stellplätze würden häufig nicht ausreichen und dann stünden die Autos im öffentlichen Verkehrsraum, der eigentlich für Besucher gedacht sei. Um die Wohnqualität zu stärken, solle eine Regelung dahingehend in den Kaufvertrag aufgenommen werden, dass mehr als nur die rechtlich vorgegebenen Stellplätze zu errichten seien. Bei zukünftigen Bebauungsplänen solle dies von Anfang an berücksichtigt werden.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** entgegnet, dass Ziel sei, aufgrund der großen Nachfrage, die Festlegung der Vergabebedingungen noch vor den Sommerferien abzuschließen. Seitens der Verwaltung würden bezüglich der Park- und Stellplatzsituation Vorschläge erarbeitet, die in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses ergänzend vorgestellt würden.

**Stv. Kindermann** führt aus, dass bei einer strikten Regelung über mehr Stellplätze der soziale Wohnungsbau nicht mehr möglich sei. Die Wohnungen könnten dann nicht mehr günstig angeboten werden. Es sollten städteplanerisch mehr Parkflächen eingerichtet werden.

**Stv. Queckenstedt** entgegnet, dass er die Gefahr nicht sehe, da sich die Grundstücksgröße dadurch nicht ändere, sondern nur die Nutzung. Es würde entsprechend weniger Garten und dafür mehr Parkfläche zur Verfügung stehen. Eine Beeinträchtigung für den sozialen Wohnungsbau sei nicht gegeben.

**Stv. Kindermann** merkt er an, dass in der Vorlage, bei der Begünstigung von kinderreichen Familien, auf der einen Seite auf minderjährige Kinder abgestellt werde und auf der anderen Seite auf den Erhalt des Kindergeldes. Kinder, die sich im Studium befänden und bereits volljährig seien, würden auch noch Kindergeld erhalten. Er schlage daher vor, sich auf den Aspekt des Kindergeldes zu beschränken.

Weiterhin erkundigt er sich, wie der soziale Wohnungsbau in dem Bauabschnitt berücksichtigt werde und ob nicht die Bedingungen, die für die drei kürzlich ausgeschriebenen Grundstücke zur Errichtung von Gebäuden mit kleineren Mietwohnungen festgelegt wurden, übernommen werden könnten.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** schlägt vor, diese Themengebiete nicht miteinander zu vermengen. Die Resonanz auf die Ausschreibung sei abzuwarten.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** ergänzt, dass bereits Grundstücke ausgewählt seien, die auch im Bereich des Bebauungsplanes BO 68 für den sozialen Wohnungsbau geeignet seien. Es werde also auch in diesem Baugebiet sozialen Wohnungsbau geben.

**Stv. Ebbing** merkt an, dass die Bewerber/innen auch selbst dort wohnen müssten. Es sei sicherzustellen, dass die Grundstücke nicht nur erworben würden, um damit Geld zu verdienen.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** führt aus, dass es in solchen Situationen zu einer Nachzahlungsverpflichtung komme. Die Grundstücke seien nicht für Investoren gedacht, die damit Spekulationsgeschäfte beabsichtigten.

**Stv. Wingerter** ergänzt, dass sie auch den Parkdruck sehe und dafür eine Lösung gefunden werden müsse.

Des Weiteren erkundigt sie sich, ob man im Hinblick auf den Klimaschutz Anregungen schaffen könne, die Häuser mit Solaranlagen auszustatten.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** entgegnet, dass es bereits sehr hohe Anforderungen an den Wohnungsbau gebe. Insbesondere in NRW seien die KfW Standards enorm hoch. Man solle städtischerseits diese hohen Anforderungen nicht noch erhöhen.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** ergänzt, dass ein Großteil der Grundstücke nach Süden/Südwesten ausgerichtet sei. Die Grundstücke würden sich somit generell für Solarenergie eignen.

Er informiert, dass zurzeit geprüft werde, wie die Parkplatzsituation, auch im Hinblick auf die zu versiegelnden Flächen, geregelt werden könne.

**Stv. Tautz** regt an, dass zulasten von ein bis zwei Grundstücken größere Parkflächen zur Verfügung gestellt werden sollten.

**Stv. Richter** entgegnet, es müsse ein Konsens gefunden werden, der machbar, gestaltbar und bezahlbar sei.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** fasst zusammen, dass den Vergabebedingungen prinzipiell zugestimmt werde, jedoch mit dem Zusatz des Wortes „grundsätzlich“, damit Einzelfallregelungen möglich seien. Darüber hinaus werde die Verwaltung der Politik berichten, wenn über Ausnahmefälle entschieden werde. Außerdem werde seitens der Verwaltung ein Stell- und Parkplatzkonzept entwickelt und kurzfristig ergänzend vorgestellt.



## **Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt Borken stimmt den vorgeschlagenen Vergabebedingungen, mit der Ergänzung zu, dass unter Ziffer II Nr. 3 „Personenkreis“, das Wort „**grundätzlich unabhängig von der Frage**“, ergänzt wird. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Borken, diese Bedingungen für die Vergabe der Bauplätze im Baugebiet BO 68 Haspelkamp zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Stell- und Parkplatzkonzept für das Baugebiet BO 68 zu erstellen und dem Umwelt- und Planungsausschuss in seiner Sitzung am 28.06.2017 vorzustellen.

Wenn gem. Ziffer II Nr. 4 der Vergabebedingungen über Ausnahmen entschieden wird, soll der Hauptausschuss informiert werden.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme  
(ohne stv. Biela)

## **zu 9      Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Klimawoche**

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** informiert über die Klimawoche vom 01.07. - 08.07.2017. Die Borken-Tasche, die auch an jedes Mitglied des Hauptausschusses verteilt worden sei, werde zum Tausch gegen eine Plastiktüte herausgegeben. Mit den Taschen solle Werbung gemacht und Plastik vermieden werden. Im Rahmen der Klimawoche seien weitere Aktionen geplant.

## **zu 10      Anfragen an die Verwaltung**

---

Keine weiteren Anfragen

### **zu 10.1    Anfrage der CDU-Fraktion: Auslaufen der Förderschulen gestoppt**

---

Die verwaltungsseitige Stellungnahme zur Anfrage der CDU ist allen Mitgliedern mit der Einladung zugegangen.

gez.

gez.

Mechtild Schulze Hessing  
Bürgermeisterin

Judith Linvers  
Schriftführerin